



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
18.09.2024 MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine): Idee für die Energiewende: Ein neues Kernkraftwerk in Rheinsberg	4
18.09.2024 epd Landesdienste: Umweltschützer kritisieren Verzögerung beim Rückbau von Gorleben	6

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Autor/-in: Reyk Grunow

Visits (VpD): 3,48 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Weblink: <https://www.maz-online.de/lokales/ostprignitz-ruppin/rheinsberg/neues-kernkraftwerk-fuer-rheinsberg-eine-idee-vor-der-landtagswahl-AS7TCBR43VHNT07RLPJO36HRR1.html>¹ von PMG gewichtet 07-2024

Kandidaten zur Landtagswahl

Idee für die Energiewende: Ein neues Kernkraftwerk in Rheinsberg

Rheinsberg

Wie viele erneuerbare Energien brauchen wir? Reicht es nicht mit dem Bau neuer Windräder und Solarparks? Das wollte die MAZ von den Landtagskandidaten für Neuruppin und Umgebung wissen. Nicht nur manche Kandidaten wollen zurück zur Atomkraft.

Rheinsberg hat jahrzehntelang sehr gut mit dem Kernkraftwerk gelebt. Dort könnte doch jetzt – nach dem Aus des alten – ruhig ein neues Atomkraftwerk entstehen. Oder nicht?

Diese Idee brachte ein Zuhörer beim Wahltalk der MAZ mit den acht Direktkandidaten für die Landtagswahl vor wenigen Tagen in Neuruppin auf.

Idee von AfD-Kandidat Henry Preuß aus Neuruppin

Er reagierte damit auf einen Vorschlag des Neuruppiner AfD-Landtagskandidaten Henry Preuß. Der regte an, stärker auf Atomkraft zu setzen, statt auf die Stromerzeugung mit Sonne und Wind. Die Frage hatte die MAZ angesichts des Widerstands gegen Windkraftanlagen in der Region etwas provokant aufgeworfen: Wie viele erneuerbare Energien braucht das Land? Reicht es nicht irgendwann mit dem Bau von neuen Windrädern und Solaranlagen?

Für Preuß ist das so: „Die AfD positioniert sich ja ganz klar gegen den Ausbau von noch mehr Windparks, noch mehr Solarparks.“ Und weiter: „Wir müssen die Kernkraft im Auge behalten.“

Rheinsberg als altbewährter Standort

Der Bündnisgrüne Heiner Klemp aus Oranienburg sieht das völlig anders. Eine wichtige Frage für ihn: „Wo genau würden sie das Kernkraftwerk denn bauen wollen? Vielleicht sagen sie ja auch wie bei der Windkraft: ‚Nicht in meinem Garten.‘“

Diese Frage hatte ein Gast aus dem

Publikum schnell geklärt: „In Rheinsberg, da stand schon mal eins.“

In der Tat entstand in den 1960er-Jahren das erste Kernkraftwerk (KKW) auf deutschem Boden, das in großem Stil Strom erzeugt hat. Der Reaktor sowjetischer Bauart lief bis 1990 – bis er wegen massiver Sicherheitsbedenken endgültig abgeschaltet wurde.

Rückbau des KKW ist kompliziert und extrem teuer

Seit Mitte der 90er-Jahre laufen die Arbeiten für den Abbau des Atommeilers. Die gestalten sich deutlich schwieriger als Anfangs angenommen. Inzwischen rechnet der Bund mit Kosten von mindestens einer Milliarde Euro für den Rückbau. [Wie lange die Arbeiten noch dauern werden, kann niemand sicher sagen.](#)

Das bundeseigene Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN) ist für den sicheren Abbau zuständig und schätzt, dass sich die Arbeiten noch wenigstens bis Ende der 2030er Jahre hinziehen.

Die alte Anlage in Rheinsberg wieder zu aktivieren, ist undenkbar. Aber wie steht es denn mit der Idee eines modernen Neubaus?

Was Bürgermeister Schwochow dazu sagt

Rheinsbergs Bürgermeister Frank-Rudi Schwochow (BVB/Freie Wähler) hält davon nichts. „Ich bin selbst ein Befürworter der Kernenergie“, sagt er. Aber ein neues Atomkraftwerk in seiner Stadt? „Für Rheinsberg kann das nur eine philosophische Diskussion sein“,

sagt er. „Ich halte das für absolut unrealistisch.“

Bevor irgendjemand prüfen könnte, ob Rheinsberg als Standort für ein Kernkraftwerk heute noch geeignet wäre, gibt es eine andere Hürde zu nehmen. Nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima mit weltweiten Folgen hatte der Bundestag 2011 beschlossen, dass Deutschland aus der Atomkraft ganz aussteigt.

Nach und nach wurden in den vergangenen Jahren alle Kernkraftwerke in der Bundesrepublik abgeschaltet. Das letzte ging im April 2023 vom Netz.

Kerstin Pein (FDP) und Jan Redmann (CDU): Atomkraft nicht ganz verteufeln

Die FDP-Landtagskandidatin Kerstin Pein hält es für einen Fehler, dass die Bundesregierung so sehr auf erneuerbare Energien setzt: „Die Grundlast ist einfach nicht gegeben. Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, dann gibt es eben keinen Strom.“

„Zur Ehrlichkeit gehört zu sagen, dass es bei den Erneuerbaren zurzeit extreme Probleme gibt“, sagt auch CDU-Spitzenkandidat Jan Redmann. „Ich finde auch die Verteufelung der Kernkraft einen Fehler“, sagt er: „Mir geht es nicht darum, überall neue Kernkraftwerke zu bauen.“ Aber diese Technologie so generell abzulehnen, sei falsch.

Für Henry Preuß von der AfD geht es nicht unbedingt um die Reaktivierung alter Kernkraftanlagen. „Es gibt da auch schon tolle Konzepte“, sagt er.

Mini-Atomkraftwerke im Gespräch

In der Tat kommt immer mal wieder die Idee von Mini-Atomkraftwerken als Energieproduzenten der Zukunft auf. Microsoft-Gründer Bill Gates schlägt etwa vor, tausende davon weltweit zu bauen und so die Energieversorgung zu sichern. [Auch Tschechien will solche Mini-Kraftwerke bauen.](#)

Die amerikanische Computerfirma Oracle hat erst vor wenigen Tagen erklärt, sie plane ein gigantisches Rechenzentrum, das von mehreren Mini-Atomkraftwerken mit Strom versorgt werden soll. Noch sind das aber nur Ideen.

Heiner Klemp von den Grünen ist skeptisch, ob die für die Energiewende in Brandenburg taugen: „Ja, es gibt Konzepte. Aber das sind eben Konzepte“, sagt er. „Wenn wir bis 2045 klimaneu-

tral werden wollen, dann schaffen wir diesen Zeitrahmen mit neuen Konzepten für Kernkraftwerke überhaupt nicht.“

Alte KKWler glauben an den Nutzen der Kernkraft

Skeptisch sehen das auch Fachleute, die sich mit Kernkraft auskennen. Wie etwa der Rheinsberger Jörg Möller.

Er hat lange im Kernkraftwerk Rheinsberg gearbeitet, so wie hunderte Einwohner. Viele der alten KKWler sind bis heute überzeugte Anhänger der Kernenergie und können den politisch verordneten Ausstieg nicht oder nur schwer nachvollziehen.

Fakt ist aber, dass Deutschland beschlossen hat, auszusteigen. Und das lässt sich auch nicht so einfach rückgän-

gig machen, sagt Jörg Müller.

Skepsis in Rheinsberg

Für ihn sprechen zwei Gründe dagegen: „Ich sehe überhaupt nicht, dass man dafür eine Mehrheit in der Bevölkerung hätte. Und selbst wenn, würden allein die Genehmigungsverfahren, um wieder in die Kernenergie einzusteigen, sicher zehn bis 20 Jahre dauern“, sagt er.

Aus seiner Sicht könnte selbst bei einem schnellen Umschwenken des Bundes frühestens in 30 Jahren wieder Atomstrom in Deutschland produziert werden. „An der Stelle muss man sich die Frage der Sinnhaftigkeit stellen.“

MAZ

Abbildung: Der Rückbau des stillgelegten Kernkraftwerkes Rheinsberg wird noch sehr lange dauern.
Fotograf-in: Quelle: Peter Geisler
Wörter: 857

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Seite: 0
Ressort: Politik

Rubrik: Atomkraft/Atom Müll
Mediengattung: Nachrichtenagentur

Umweltschützer kritisieren Verzögerung beim Rückbau von Gorleben

Gorleben (epd). Atomkraftgegner mahnen den zugesagten Rückbau des Gorlebener Erkundungsbergwerks an. Das Bundesumweltministerium habe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im September 2021 den Auftrag zur Schließung des Bergwerks erteilt, sagte am Mittwoch Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Der Rückbau habe Mitte 2024 beginnen sollen. Nun sei der Sommer vorbei, «doch es tut sich nichts».

Der unterirdische Gorlebener Salzstock war Jahrzehnte lang als einziger Standort auf seine Tauglichkeit als Endlager untersucht worden. Bei der ab 2013 gestarteten Endlagersuche schied er aus

geologischen Gründen aber aus dem Verfahren aus. Die BGE hatte angekündigt, die oberirdischen Anlagen des Bergwerks anzureißen und das aufgeschüttete Salz wieder unter die Erde zu befördern.

Als einen möglichen Grund für die Verzögerung beim Rückbau vermutet die Bürgerinitiative finanzielle Engpässe. Im Bundeshaushalt 2024 seien rund 14 Millionen Euro für den Standort eingestellt worden, die Gesamtkosten des Rückbaus habe das Bundesumweltministerium indes auf einen dreistelligen Millionenbetrag beziffert. «Entweder ist es ein peinliches Haushaltsversagen des Bundesumweltministeriums oder die Fragen stellen sich, ob es eine Hinhalte-

taktik, gar einen Plan B für die Nachnutzung des Endlagerbergwerks gibt», sagte Ehmke.

BGE-Sprecherin Monika Hotopp erklärte auf epd-Anfrage, die Finanzierung sei geklärt und führe nicht zu einer Verschiebung der geplanten Arbeiten. Die BGE habe für die Verfüllung des Bergwerks einen Hauptbetriebsplan und sechs Sonderbetriebspläne beantragt, «die leider noch nicht freigegeben sind». Daher habe mit Verfüllung noch nicht begonnen werden können. Die BGE stehe im engen Kontakt mit dem Landesbergamt, um die letzten Genehmigungsfragen zu klären.
epd lnb rmp ucm

Wörter: 245

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG